TOP 2: Entwurf eines Vierten Landesgesetzes zur Änderung des Absatzförderungsgesetzes Wein (AbföG Wein)

- Vorlage des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau vom 25. April 2025 –

Zweite Beratung im Ministerrat

Beschluss:

Der Ministerrat beschließt den Entwurf eines Vierten Landesgesetzes zur Änderung des Absatzförderungsgesetzes Wein (AbföG Wein).

Erläuterungen:

Von den Eigentümern oder Nutzungsberechtigten der in Rheinland-Pfalz belegenen Weinbergsflächen wird gemäß § 1 Abs. 1 Absatzförderungsgesetz Wein (AbföG Wein) eine Abgabe zur besonderen Förderung des in Rheinland -Pfalz erzeugten Weines erhoben. Die Abgabe beträgt jährlich je Ar (100 m²) der Weinbergsfläche, sofern diese mehr als 5 Ar umfasst, in den bestimmten Anbaugebieten Ahr, Mittelrhein, Nahe, Pfalz und Rheinhessen 0,77 EUR und im bestimmten Anbaugebiet Mosel -Saar-Ruwer 0,87 EUR. Die strukturbedingte durchschnittliche Erhöhung der Betriebsfläche für Abgabepflichtige macht eine Änderung der Abgabenschwelle notwendig. Zudem erfordert die derzeitige Absatzkrise auf dem Weinmarkt eine Anpassung der seit dem Jahr 1995 unverändert gebliebenen Abgabenhöhe, um die Gebietsweinwerbungen zu stärken und die Wahrnehmbarkeit der Anbaugebiete und ihrer Weine im Sinne der Weinbaubetriebe verbessern zu können. Die Abgabe nach dem Absatzförderungsgesetz Wein wird von den Gemeinden zusammen mit der Abgabe für den Deutschen Weinfonds festgesetzt und erhoben (§ 2 Abs. 1 AbföG Wein). Den Gemeinden steht hierfür ein Verwaltungskostenbeitrag „...in Höhe von zwei Dritteln des ihnen für die Erhebung der Abgabe für den Weinfonds gewährten Betrages“ zu (§ 2 Abs. 2 AbföG Wein). Für den Weinfonds war der Verwaltungskostenbeitrag zunächst in der Zweiten Landesverordnung zur Ausführung des Gesetzes über Maßnahmen auf dem Gebiet der Weinwirtschaft geregelt. Diese Landesverordnung wurde im Jahr 1995 aufgehoben und durch die Landesverordnung zur Durchführung des Weinrechts ersetzt. In der Landesverordnung zur Durchführung des Weinrechts ist jedoch die Höhe des Verwaltungskostenbeitrags der Gemeinden für ihren Personal- und Sachaufwand für die Erhebung der Abgabe für den Deutschen Weinfonds nicht mehr geregelt. Für den Verwaltungskostenbeitrag der Gemeinden für deren Tätigkeiten zum Vollzug des Absatzförderungsgesetzes Wein besteht somit eine Regelungslücke, die nun geschlossen werden soll.